

=====

DER HAUPTFEIND LIMMS JEDEN VOLKES SIEHT IM BEGANNEN LANDE
(Karl Liebknecht)

=====

DER SPARTAKIST,

=====

ORGAN DER INTERNATIONALEN KOMMUNISTEN ÖSTERREICHS
(Sektion der Vierten Internationale)

=====

November 1953

Nr. 79

Preis S 2,-

=====

ZUR LAGE IN ÖSTERREICH

=====

Die Wirtschaft

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Österreich ist nicht leicht zu charakterisieren. Nachdem der Höhepunkt der Nachkriegskonjunktur im Winter 1951/52 überschritten war, hat sich die Wirtschaft seither in einem Zustand erhalten, den man als Schwebezustand zwischen Konjunktur und Krise, vielleicht am besten als Stagnation bezeichnen kann. Stagnation bedeutet in diesem Falle, daß sich die Produktion seit 1951/52 im großen und ganzen auf gleicher Höhe gehalten hat. Trotzdem sind innerhalb des Gesamtgefüges der Wirtschaft bedeutende Veränderungen festzustellen.

Dank der Schillingabwertung und dank der niedrigen Reallöhne ist die Außenhandelsbilanz aktiv geworden; die Devisenvorräte der Nationalbank steigen ständig an und haben die 6-Milliardengrenze bereits überschritten. Auf der anderen Seite sind die Importe (vor allem an Lebensmitteln) zurückgegangen. Die Landwirtschaft hat, wenn auch viel später als die Industrie, ihre Vorkriegsproduktion erreicht; auf einigen Sektoren (Fleisch, Milch, Butter) gibt es sogar eine Überproduktion.

Die unverhältnismäßig hohe Investitionsrate in der Zeit der Wiederaufbaukonjunktur (über 20%) hat gezeigt, wie groß die Profite der österreichischen Kapitalisten sind. Als die Konjunktur zurückging, als Kamitz zu seinem deflationistischen Kurs ansetzte, entstanden relativ hohe Kapitalien, die nach Anlage suchen. Auch die Spareinlagen sind im ständigen Anstieg, wodurch ebenfalls das Kapitalangebot vergrößert wurde. Das Geld wurde in den letzten Monaten billiger: Der Diskontzinssatz, die Einlagezinsen und die Zinsen für Kredite wurden herabgesetzt.

Aber trotz steigender Exporte und trotz Kapitalbildung stagniert die Produktion, ist die Zahl der Arbeitslosen 1953 wesentlich höher als im Vorjahr. Die erzeugten Produkte können nicht abgesetzt werden, da die Massenkauftkraft zu gering ist.

Diese wenigen Tatsachen zeigen, daß die wirtschaftliche Lage in Österreich sehr viele instabile Elemente aufweist, die zu starken

und jähren Veränderungen führen können. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn über die Frage "Wie weiter" große Differenzen nicht nur zwischen ÖVP und SP, sondern auch innerhalb der Bourgeoisie bestehen.

Nach den Wiener Wirtschaftsexperten der "Neuen Züricher Zeitung" bestehen in der Frage der Konjunkturpolitik große Differenzen zwischen der "Industrie" und "Bankkreisen". Die "Industrie" tritt für eine Vollbeschäftigungspolitik ein. Sie verlangt billigere Kredite (was sie zumindest zum Teil bereits erreichte) und Steuerersenkungen (die Kamitz in der Form einer "Steuervereinfachung" versprochen hat), sie verlangt aber auch ausländische Kredite und sogar staatliche Investitionen.

Die Industriekapitalisten verlangen eine weitere Steigerung der Exporte, aber auch der Importe, was nur durch weitgehende Liberalisierung des Außenhandels und durch Abbau, aber keinesfalls durch Erhöhung der Zollschranken zu erreichen wäre. Diese Konzeption würde bedeuten, eine Ausweitung der Produktion anzustreben, wenn auch eine schleichende Inflation damit verbunden ist. "Man soll vor dem Mythos des Alpendollars auf der Hut sein", sagt die "Industrie".

Die österreichischen "Bankkreise" warnen vor einem solchen Kurs. Sie sträuben sich gegen die Ausweitung der Kredite und der Produktion. Die Arbeitslosigkeit sei zum großen Teil nur eine versteckte. Man müsse eine natürliche Konjunkturverbesserung abwarten. Auf gut deutsch ist dies der deflationistische Kurs alten Stils, der zum "Alpendollar" und zu 600.000 Arbeitslosen geführt hat.

Wer steht hinter diesen beiden "Richtungen", um welche zwei Fraktionen handelt es sich? Offenbar können wir mit der Bezeichnung "Industrie" und "Bankkreise" allein nicht viel anfangen. Mit der "Industrie" dürfte jener Teil der Bourgeoisie zu verstehen sein, der für die Liberalisierung des Außenhandels, gegen Zollerhöhungen eintritt, dazu gehören die Maschinenindustrie, die Textilindustrie und jene Portigwarenindustrien, die auf den Export angewiesen sind. Zu den "Bankkreisen" dürfte, so unzusammenhängend dies auf den ersten Blick auch scheinen mag, die mit den Banken (auch mit den "verstaatlichten") verfilzten Kartelle, aber auch die Großbauern, die für Schutzzölle eintreten, gehören.

Das Kamitzbudget 1954 zeigt, daß sich die "Industriellen", deren Hauptvertreter Kamitz selbst ist, gegenüber den Kartellen und dem Bauernbund durchgesetzt haben, nicht zuletzt mit der Unterstützung der SP. Aber auch mit Hilfe des amerikanischen Imperialismus, der auf einer weiteren Erhöhung der Liberalisierungsquote ab 1.1.1954 besteht. Die Schärf und Helmer haben sich bei dem Bekanntwerden des Budgetvoranschlags in die Brust geworfen und erklärt, daß Kamitz "ihr" Budget übernommen habe, da er einer Erhöhung der Ausgaben für Investitionen zustimmte. Die SP-Führer haben dabei nur eine Kleinigkeit verschwiegen, nämlich, daß sich erstens nicht Kamitz von der Richtigkeit der SP-Politik überzeugen ließ, sondern daß sich die wirtschaftliche Lage seit 1951 wesentlich geändert hat und daß zweitens Kamitz es vorzuziehen hat, die Lasten dieses Budgets zuungunsten der Massen zu verschieben (Bahnpreise, Zigarettenpreise, Bundeszuschuß zur Sozialversicherung usw.).

Aber nicht nur im Budgetvoranschlag für 1954 hat sich die ÖVP gegenüber der SP durchgesetzt. Kamitz hat Steuererleichterungen - für die Kapitalisten versprochen. Er hat dies mit der Formel "der Anreiz zu erhöhter Produktion (lies der Anreiz zu höheren Profiten) soll durch die Steuerprogression nicht zunichte gemacht werden" begründet. Weiters soll das "Schillingeröffnungsbilanzgesetz" den Unternehmern beim Steuerzahlen sparen helfen. Die endgültige Sanierung der Banken soll durch ein eigenes Gesetz erreicht werden.

Der Budgetvoranschlag für 1954 zeigt, daß selbst Kamitz die wirtschaftlichen Perspektiven als nicht besonders günstig ansieht. Die Umsatzsteuer ist geringer als 1953, die Zuschüsse für die Arbeitslosenfürsorge sind höher als 1953 angesetzt. Auch der ÖGB ist besorgt über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und fordert in einer Resolution Maßnahmen zu deren Bekämpfung. Dieser "Pessimismus" der ÖGB-Führung über die wirtschaftlichen Perspektiven steht offenbar in Widerspruch mit der Feststellung Schürfs, daß dieses Mal im Budget die Forderungen der Sozialistischen Partei verwirklicht worden sind.

In Wirklichkeit hängt die Entwicklung der wirtschaftlichen Perspektiven des österreichischen Kapitalismus in erster Linie von der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft ab. Aber auch diese befindet sich im Anfangstadium eines Rückbildungsprozesses. Und der österreichische Kapitalismus gehört auf Grund seiner Schwäche und seiner Struktur zu den empfindlichsten Punkten des Weltkapitalismus. Wenn nun noch zu seinen strukturellen Schwierigkeiten ernste Krisenereignisse treten werden, so werden sich diese tiefer als anderswo auswirken.

Die Affäre Gruber

Die Tatsachen sind bekannt. Gruber, der zu den konsequentesten Vertretern der proamerikanischen Außenpolitik gezählt werden kann, veröffentlichte in einem Buche noch einmal Einzelheiten über die Zusammenkunft von ÖVP-Führern mit Ernst Fischer von der Stalinpartei im Jahre 1947. "Die Presse" hat in einem Vorabdruck diese Angelegenheit recht breit getreten. Auf Grund dieser Veröffentlichung wurde Gruber von der ÖVP als Außenminister fallengelassen. Welches sind die Hintergründe dieser Differenzen in der ÖVP?

Eine Reihe von Kommentaren spricht davon, daß der wahre Hintergrund des Sturzes Grubers der Kampf der einzelnen "Bünde" innerhalb der ÖVP sei. Die "Bünde" und Cliquen spielen eine große Rolle innerhalb der ÖVP, und es gibt wahrscheinlich keine Entscheidung in dieser Partei, bei der der Kampf der einzelnen Gruppen nicht mitspielt. Aber wie die Dinge liegen, ist anzunehmen, daß die eigentlichen Hintergründe der Affäre Gruber wo anders liegen.

Gruber ist einer der wichtigsten Repräsentanten der proamerikanischen Außenpolitik. Sein Buch ist eine Rechtfertigung dieser Politik. Er will darin darstellen, daß er es war, der bei allen Schwankungen im Lager der Bourgeoisie in der Frage der außenpolitischen Orientierung das Steuer immer wieder auf den hundertprozentigen proamerikanischen Kurs zurückwarf. Daß dieses Buch gerade im jetzigen Zeitpunkt erschien, ist kein Zufall. Entweder hat Gruber es selbst veröffentlicht, um einen Druck auf die Nicht-Hundertprozentigen auszuüben, oder vielleicht hat er es sogar im Auftrag oder zumindest mit der Zustimmung des amerikanischen Imperialismus gemacht. Nur dürften sich beide, sowohl Gruber als auch der amerikanische Imperialismus, über die Folgen dieses Schrittes getäuscht haben. Beide haben ihre Positionen nicht nur nicht gefestigt, sondern geschwächt. Gruber jedenfalls sehr offensichtlich.

Gruber schreibt in seinem Buche nicht nur über die Zusammenkunft Figl-Fischer, sondern auch darüber, daß in den Reihen der ÖVP auch einigemale die Frage einer "finnischen Politik" diskutiert wurde. Das heißt, die österreichische Bourgeoisie erwägt, ob es keine Möglichkeit gibt, ähnlich wie in Finnland, um den Preis einer außenpolitischen Neutralität, Herr im eigenen Hause zu werden. Ob diese Erwägungen nur angestellt werden, um den amerikanischen Imperialismus

zu erpressen oder ob von einem Teil der Bourgeoisie eine "Sinnliche" Entwicklung tatsächlich als reale Möglichkeit angesehen wird, läßt sich noch nicht feststellen. Jedenfalls ist Kristofic-Binder nach wie vor Leiter der Sektion Handel der Handelskammer und als solcher tritt er immer wieder für die Ausweitung des Osthandels ein. Auch die "Industrie" schlägt in dieselbe Kerbe. Die Rußlandreise Lugmayers liegt ebenfalls auf dieser Linie.

Es gibt noch einen Beweis für die Richtigkeit der Annahme, daß Gruber wegen grundlegender Differenzen in der Frage der Weiterführung der Außenpolitik gegangen wurde. Nämlich die Deckung Grubers durch die SP-Führung und das Siegesgeschrei der KP. Die "Volksstimme" schrieb: "Die Politik des 'Kalten Krieges' hat eine Niederlage erlitten." Die "A.-Z.": "Wir bedauern es, daß dieser umsichtige Außenminister gehen muß." Die SP-Führung fürchtet tatsächlich eine außenpolitische Kursänderung der Bourgeoisie, die Stalinpartei will eine solche mit allen Mitteln herbeiführen.

Es wäre noch zu früh, um von einer grundlegenden Änderung der Lage, denn dazu würde eine solche Kursänderung der ÖVP führen, zu sprechen. Aber wir müssen verschiedene Tatsachen im Auge behalten, um auf eine eventuelle Wendung vorbereitet zu sein. Die Kremlbürokratie ist bemüht, ihre Positionen gegenüber dem amerikanischen Imperialismus zu verbessern. Sie versucht vor allem die allimperialistische Einheitsfront aufzuspalten, zumindest zu schwächen. Sie ist bereit, den kapitalistischen Ländern, die sich vom amerikanischen Imperialismus abwenden, Konzessionen zu machen und auch gewisse Garantien zu geben. Österreich ist ein besonders günstiges Ziel für diese Politik, da es nahe am eisernen Vorhang liegt. Die Kremlbürokratie hat bereits eine Reihe von Konzessionen gemacht, sie ist bestimmt bereit, noch weitere zu machen. Und unter den jetzigen Bedingungen können wir uns sehr gut vorstellen, daß es nur auf die Größe der Konzessionen und Garantien ankommt, um die österreichische Bourgeoisie zu bewegen, ihren außenpolitischen Kurs zu ändern. Denn Amerika ist sehr weit und Rußland sehr nahe.

Die Lage in der SP

Während der Budgetkrise vor einem Jahr und noch nach den Februarwahlen hatten wir auf Grund der Verschärfung der Klassengegensätze mit einer, wenn auch nur bescheidenen, "Links"wendung der SP-Führung gerechnet. Wir hatten damit gerechnet, daß die SP-Führung unter dem Druck der Massen gezwungen sein wird, einen verstärkten Kampf gegen die ÖVP zu führen. Unsere Aufgabe hatten wir darin gesehen, die fortgeschrittensten SP-Arbeiter davon zu überzeugen, daß man gegen die ÖVP, gegen die Kapitalisten nicht mit Worten allein kämpfen kann, sondern daß man diesen Worten auch Taten folgen lassen muß. Neben den Kämpfen im Parlament mußten unbedingt außerparlamentarische Kämpfe geführt werden.

War diese Einschätzung von damals richtig oder ist sie durch die Ereignisse seither widerlegt worden? In Wirklichkeit konnte die SP-Führung bis jetzt ihre ultrarechte Politik fortsetzen, ohne ernste Gefahren zu laufen, ohne ihren Anhang zu verlieren. Die von uns vorausgesehene "Links"wendung der SP ist nicht eingetroffen. Es gibt verschiedene Tatsachen, die es der SP-Führung erlaubten, zumindest bis zum Augenblick ihre alte Politik fortzusetzen. Erstens fällt die Konkurrenz der KP im Kampfe um die Massen immer mehr weg, wegen der Haltung des Kremls in der Frage des "Staatsvertrages" und nicht zuletzt wegen der Ereignisse in Ostdeutschland. Die bisherigen Ergebnisse der Betriebsrätewahlen beweisen, daß der Einfluß der KP

in den Betrieben eher zurückgeht als zunimmt. Zweitens hat die wirtschaftliche Krise nicht jene Normen angenommen, wie wir vor einem Jahr eingeschätzt haben, wodurch die reformistische Politik noch eine gewisse Basis behält.

Das bedeutet aber nicht, daß die SP-Führung gar keine Widerstände bei der Durchführung ihrer Politik überwinden muß. In erheblichen Teilen der unteren und mittleren Funktionäre herrscht Unzufriedenheit, zumindest Unbehagen über die Ergebnisse der Politik ihrer Parteiführung. Über die Methode der Bekämpfung dieser Unzufriedenheiten bestehen in den bürokratischen Spitzen große Meinungsverschiedenheiten. Die einen sind dafür, dieser Stimmung durch Manöver auszuweichen, die anderen wollen sie abfangen, indem sie ihr entgegenkommen und den Vertrauensleuten in gewissen nebensächlichen Fragen recht geben. An der Haltung der SP-Führung bei der Aufstellung des Budgets für 1954, speziell zur Frage der Tarif- und Zigarettenpreiserhöhungen, wurde in der Basis der SP heftige Kritik geübt. Bei der Konferenz der Betriebsratsobmänner, wo Waldbrunner die Tarifpolitik der SP-Minister verteidigte, wurde in der Diskussion heftige Kritik geübt, und zwar dürfte diese Diskussion sogar zum Teil von einigen Bürokraten gelenkt worden sein, um Waldbrunner zu treffen. Jener Teil der Bürokraten, der Waldbrunner kritisiert, gibt diesem zwar in der Sache recht, aber er wendet sich gegen die "Methode" der Durchführung. Die Vertrauensmänner sollen, bevor solche einschneidende Maßnahmen getroffen werden, informiert, sie sollen nicht immer vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Auch auf dem Parteitag haben mehrere Delegierte in diesem Sinne an den "Methoden" des Parteivorstandes Kritik geübt. An sich ist diese Kritik, soweit sie von Bürokraten selbst vorgebracht wird, demagogisch, sie soll mit-helfen, die Unzufriedenen zu beruhigen. Aber dieses Manövrieren kann für die Bürokratie sehr gefährlich werden. Die Unzufriedenen werden bei ähnlichen "Schwierigkeiten", wie bei den Tarifierhöhungen, von ihren "Führern" mehr Konsequenz verlangen.

Der Parteitag anfangs November verlief "programmgemäß". Die Führung kann auf gewisse Erfolge (Februarwahlen, Betriebsrätewahlen, Mitgliederzuwachs) hinweisen, wodurch die Kritik an der Gesamtpolitik, also vor allem an der Koalitionspolitik, jeden Boden verloren hat. In dieser Hinsicht wurde nicht das leiseste Wort einer Kritik laut. Nur in einem Punkte hatte sich die Bürokratie gründlich verrechnet. Sie glaubte, daß der Zeitpunkt günstig wäre, um die Statuten in Sinne einer weiteren Einschränkung der Parteidemokratie (unter anderem sollte der Parteitag nur alle zwei Jahre abgehalten werden) abzu-ändern. Da es bereits vor dem Beginn des Parteitages klar war, daß dieser Antrag nicht durchgehen wird, wurde er vorläufig zurückge-zogen und seine Behandlung vertagt. Auch hier hat sich der Druck der unteren Funktionärschichten bemerkbar gemacht.

Bemerkenswert war, daß seit 1947 wieder zum ersten Mal ein inter-nationales Referat gehalten wurde. Schürf referierte über "Die Lage des Sozialismus in der Welt". In diesem Referat hat er offiziell erklärt, daß der wissenschaftliche Marxismus nicht zu den Prinzipien des "demokratischen Sozialismus" gehört. Über die Praxis der heuti-gen SP-Führung sind sich die revolutionären Marxisten längst im Klaren, es ist aber immerhin bemerkenswert, wo die Epigonen der "autro-marxistischen Schule" gelandet sind. Sie wurden zu plumpen Empirikern, im besten Falle zu bürgerlichen Liberalen. Auf dem Parteitag fand sich in dieser Frage keine Stimme des Widerspruchs.

Können auch die SP-Führer glauben, daß in unserer Epoche der re-volutionäre Marxismus überlebt sei, die Entwicklung im Weltkapital beweist uns das Gegenteil. Den reformistischen Führern mag die re-volutionäre Methode und erst recht das revolutionäre Handeln der

